

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlag: Neudruck Dresden.
Verlags- und Geschäftsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjährlicher Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligen Verläufen monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die Spalte 37 mm breite Seite 2 M. Bei Familienangehörigen, Anzeigen unter Eltern u. Wohnungsmarkt, 1 Spalte 1/2 M. u. Verträge 25%. Bezugsgebühr laut Verh. Gewerliche Beiträge gegen Bezugsgebühr. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Mertenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neudruck in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Niemand reise ohne Reisegepäck- eine Versicherung

gegen alle Gefahren auf der Reise, sowie während des Aufenthalts in Hotels und Pensionen. Sofortige Deckung erteilt.

Emil Preuß, Versicherung. Mosezkyststr. 1.
Telephon: 1454 und 1451. Drahtwort: Pollicapens

Rönigsdiele

14 Königstr. 14

Vornehmes Restaurant

Sport-Geräte

für Tennis - Croquet - Fußball - Schlagball - Hockey
Turnen - Fischerel und alle Jugendspiele
Schnellfahrer „Skiro“ und „Skirit“

B. A. Müller - Prager Straße 32

Limma der Duft der Dame 12.00-25.00
blau der Duft des Herrn 4.50-6.00

Parfümerie Paul Schwarze
Dresden-A. Schloßstr. 13

Rücktritt des Reichskabinetts.

Vorläufige Weiterführung der Geschäfte.
Berlin, 4. Mai, 11,45 Uhr nachts. Mit Rücksicht auf die durch die Antwortnote der Vereinigten Staaten geschaffene Lage hat das Kabinett heute einstimmig seinen Rücktritt beschlossen. Der Reichskanzler hat sich heute abend zum Reichspräsidenten begeben, um ihm den Entschluß des Kabinetts mitzuteilen. Der Reichspräsident hat das Kabinett gebeten, die Geschäfte weiterzuführen. Das Kabinett hat zugestimmt. (W. I. B.)

Wie unsere Berliner Schriftleitung noch mitteilt, wird der Reichspräsident am Donnerstag mit den Parteiführern über die Frage der Neubildung des Kabinetts verhandeln.

Nura vor Mitternacht traf die amtliche Meldung vom Rücktritt des Reichskabinetts in Dresden ein, nachdem vorher schon vom Reichstag aus gerüchtelt wurde vom Weggang des Reichskabinetts berichtet worden war. Eine Uebernahme bedeutet diese Nachricht nicht, es ist nur gekommen, was kommen mußte, nachdem die Reichsregierung — oder richtiger gesagt Behrensdorf und Simon — mit ihrem unglückseligen Angebot an Amerika und der darauf erfolgten ablehnenden Antwort in eine Sackgasse geraten war, und der es einen anderen Ausweg kaum mehr gab. Dem neuen Kabinett winkt keine leichte Aufgabe. Wer wird die Führung des in Unfrieden geratenen Reichs übernehmen? Wird uns wie 1914 ein Hindenburg, der 1921 ein neuer Bismarck befehligt werden? Das ist die bange und doch mit einem festen Unterton der Hoffnung erklingende Frage, die heute das deutsche Volk an die nächste Zukunft richtet.

Ausdehnung der Aufruhrbewegung.

Oppeln, 4. Mai. Am Laufe des heutigen Tages hat sich die allgemeine Lage in Oberschlesien weiter erheblich verschärft. Die polnische Aufruhrbewegung ist weiter nach dem Westen vorzudringen worden. Die Nachricht von der Abberufung Korantys als Abteilungs-Kommissar wird von den Führern der ober-schlesischen Bevölkerung einstimmig dahin bewertet, daß Korantys nunmehr in der Lage ist, die Führung des Aufstandes zu übernehmen, ohne die Warschauer Kreise bloßzustellen. Die Aufständischen befehlen im allgemeinen das Gebiet südlich und östlich der Linie Rosenberg - Rosowka, Groß-Strehlitz, Randrain. Nach Westen hin wird das Aufstrebungsgebiet durch die Oder begrenzt.

Die heute morgen von Ratibor aus besetzte Sänbe-Verbandsaktion der italienischen Truppen im Kreise Ratibor hat nach den bisher vorliegenden Nachrichten Erfolge noch nicht verzeichnen können. Am Laufe des Tages sind zahlreiche Meldungen eingegangen, aus denen hervorgeht, daß die Aufständischen eine starke Unterstützung durch bewaffnete Kräfte erhalten haben, die über die polnische Grenze gekommen sind. Außerdem sind zahlreiche Munitionstransporte, sowie erhebliche Waffenmengen aller Art, ebenso Sanitätsmaterial und Feldküchen über die Grenze gebracht worden. Aus zahlreichen Orten wird gemeldet, daß die Aufständischen Schwanzschüsse vorgenommen haben. Auch sind überall Gelbpanne und Ankermittel requiriert worden. Ebenso zahlreich sind die Nachrichten über Terrorerscheinungen schlimmster Art. Für die kommende Nacht werden wiederum Angriffe auf die größeren Städte des westlichen Aufstrebungsgebietes beabsichtigt, die bis jetzt noch von den Truppen der interalliierten Kommission gehalten werden.

Die Lage in den Städten hat sich zweifellos sehr erheblich verschärft. Das gilt im besonderen für Gleiwitz. Nach den letzten übereinstimmenden Meldungen sind starke polnische Kräfte in der Richtung auf Gleiwitz unterwegs. Der italienische Kreis-Kontrollleur ist in Richtersdorf von den Polen eingeschlossen. In Gleiwitz trafen heute am Abend 1000 Flüchtlinge aus den Landkreisen ein. Aus dem Lande sind zahlreiche Deutsche geflohen, besonders Lehrer, verschleppt und gefangen gesetzt worden. Die deutsche Gemeinde Schönwald bei Gleiwitz wurde heute von Aufständischen besetzt. Die Stadt Hindenburg ist heute ebenfalls in den Besitz der Aufständischen gekommen. Die Arbeiter auf der Hohenhütte und im Borsigwerk wurden bereits getrennt von den Aufständischen mit der Waffe in der Hand gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Im Landkreis Bentzen sind Ratibor und Deutsch-Bielitz besetzt worden. In der Gegend von Schwientochlowitz wurde eine starke Ansammlung polnischer Aufständischer festgestellt. Im Kreise Groß-Strehlitz sind nunmehr fast sämtliche Landgemeinden in der Hand der Polen. Um den Besitz der Stadt Groß-Strehlitz ist heute zwischen den Truppen der interalliierten Kommission und den Aufständischen schwerer Kampf worden. Im Kreise Rosenberg ist eine Verschärfung der Lage zu verzeichnen. Im Kreise Ratibor haben heftige Kämpfe zwischen italienischen Truppen und Aufständischen stattgefunden. Aus dem Kreise Ratibor sind viele Einzelheiten. (W. I. B.)

Besprechung der Lage im auswärtigen Ausschuss.

Berlin, 4. Mai. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute zu einer Besprechung über die Lage in Oberschlesien zusammen. Der Reichsminister des Auswärtigen machte hierüber eingehende Mitteilungen, wonach die Lage sich verschärft hat und außerordentlich ernst ist. Die Aufständischen haben das gesamte Industriegebiet, die Kreise Plesch und Rybnitz sowie den Ostteil des Kreises Ratibor in ihrer Gewalt. Die deutschen Beamten sind zwar noch an Ort und Stelle, haben aber keinerlei Funktionen mehr. Desgleichen sind sämtliche deutschen Direktoren von den Gruben und Werken vertrieben. Der Belagerungszustand ist von der interalliierten Kommission auch auf die Kreise Gleiwitz, Stadt und Land ausgedehnt worden. Die Kommission sowie die Kreis-Kontrollleure geben offen zu, daß es sich lediglich um einen polnischen Aufstand handelt. Der Ausschuss trat in eine Erörterung über Mitteilungen ein. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Nach den Mitteilungen, die der Reichsminister des Auswärtigen im Ausschuss gab, hat im Kreise Ratibor ein Zusammenstoß zwischen Anhängern und italienischen Truppen stattgefunden, wobei die Italiener nach Mitteilung der interalliierten Kommission 12 Tote hatten, darunter zwei Offiziere und einen Unteroffizier. Außerdem soll der Oberst Graf Bernini schwer verwundet worden sein. Der Direktor der hiesigen Grube in Gaudow und sein Assistent wurden erschossen. Der Bürgermeister von Rybnitz und der Generaldirektor der Rybnitzer Steinkohlewerke sind mit vielen anderen als Geiseln zurückgelassen worden. Nach solchen Einzelheiten, noch nicht endgültig bestätigten Nachrichten aus Oppeln soll Rybnitz von den Italienern wieder erobert worden sein. (W. I. B.)

Ein deutsches Unterführungsangebot.

Oppeln, 4. Mai. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln hat heute erneut nachdrückliche Vorstellungen bei der interalliierten Kommission erhoben und verlangt, daß umso mehr alle erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der in der lebenden Bevölkerung im Aufstrebungsgebiet getroffen werden. Er hat weiterhin im Namen der deutschen Regierung mitgeteilt, daß diese bereit sei, der interalliierten Kommission alle Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, die sie etwa für notwendig erachten würde, und mehrere Dunderndollarische Zuschüsse zur Unterführung anzuwenden. Der Vorsitzende der interalliierten Kommission hat erklärt, worin den übrigen Mitgliedern der interalliierten Kommission von dem Angebot der deutschen Regierung Kenntnis zu geben und dem deutschen Bevollmächtigten von der Entscheidung der interalliierten Kommission Mitteilung zu machen. (W. I. B.)

Diktatorgeflüster Korantys?

Berlin, 4. Mai. Dem „Vol-Anz.“ wird gemeldet, daß sich Korantys heute zum Diktator Oberschlesiens ausgerufen und eine polnische Regierung innerhalb der Grenzen der Korantys-Linie bilden will.

Paris, 4. Mai. Die Agentur Havas meldet aus Warschau: Der Weisabstimmungskommissar für Oberschlesien, Korantys, ist von seinem Posten zurückberufen worden, da er seine Befugnisse überschritten hatte. (W. I. B.)

Dominikus über den Polenaufstand.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 4. Mai. Am frühlichen Landtag gab der Minister des Innern Dominikus folgende Erklärung über die Vorgänge in Oberschlesien ab:
Die neuesten, aus der Provinz Oberschlesien vorliegenden Meldungen sind teils erfreulicher, teils erschütternder Natur. In Bentzen ist zurzeit alles ruhig. Um 8 Uhr nachts hielten französische Soldaten die polnische Wache auf dem Kommitz-Dotiel brennen. Die Beschädigungen der „Oberschlesischen Vorkampfbatterie“ sind gering. Die Maschinen sind intakt. In Oppeln hat der italienische General De Martini der in Vertretung des französischen Generals Verond zurück den Vorsitz in der interalliierten Kommission führt, einen Aufruf an die Bevölkerung auszusprechen lassen, in dem es heißt: Gewisse Elemente der polnischen Bevölkerung haben Gewalttaten verübt. Dadurch ist auch hier wieder in einem amtlichen Dokument der interalliierten Kommission die alleinige Schuld der Polen festgehalten worden. De Martini vertritt der Bevölkerung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln in kurzer Zeit die Ruhe wiederherzustellen. Er würde vor seiner Wiedereintritt zurücktreten, um den Gelehen zur Achtung zu verhelfen.

Die englische Auffassung über den Aufstand.

London, 4. April. (Reuters.) In britischen amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht, daß der Aufstandsbewegung in Oberschlesien eine sehr ernste Bedeutung beizumessen ist. Sie wird als eine entschlossene und internationale Unternehmung betrachtet, der Entscheidung des Obersten Rates durch gewalttätige Besitzergreifung der britischen Gebiete zuvorkommen. (W. I. B.)

Was nun?

Nach der ablehnenden Antwort der Washingtoner Regierung auf das Berliner Ersuchen um Uebermittlung der deutschen Vorschläge an die Entente müssen wir einem Ultimatum mit kurzer Fristberechnung und darauf dem Einmarsch feindlicher Truppen in das westliche Industriegebiet entgegensehen. In dieser bedrohlichen Lage wäre es für das deutsche Volk eine wahre Erlösung, wenn es das Bewußtsein haben könnte, von einer starken und zielbewußten Regierung geführt zu werden, die alle Garantien dafür böte, daß sie in keinem Augenblick irgendwelches Möglichen und Notwendiges verläumde, sondern stets und unter allen Umständen so handelte, wie es die jeweilige Lage erfordert. Solcher Bevorzugung in schicksalvoller Stunde erfreuen wir uns leider nicht. Die Reichsregierung, die nach einer in späterer Nacht eintreffenden Meldung zurückgekehrt ist, war ausnahmsweise bis auf äußerste Notwendigkeiten nicht gewachsen. Dem Reichskanzler hätte man überhaupt nichts mehr; er schien sich gründlich aus, und Dr. Simonis brennt schon lange der Boden unter den Füßen. Wie sehr das Gefühl nicht tatkräftig reagiert und geführt zu werden, auch auf der völkerverständlichen Vorherrsch, beweist eine Auslassung der demokratischen „Frankf. Zig.“, in der vor einem tatlosen Hindernisse gewarnt und erklärt wird, die politische Lage erfordere eine höchste Mäßigkeit von deutscher Seite, eine Mäßigkeit, die ihre Richtung vor allem nach London zu suchen sollte. Im übrigen vertritt das Frankfurter demokratische Blatt den Standpunkt, daß sich an dem Grundsatze, nichts Unmögliches zu unternehmen, auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts ändern dürfe, und damit befindet es sich ohne Zweifel in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Nation. Ja, man kann ruhig sagen, daß in diesem Punkte überhaupt völlige Einmütigkeit in Deutschland vorhanden ist, da die wenigen Eigenbrötler, die anders denken, sowohl ihrer Zahl nach wie wegen ihres Mangels an aufrechter nationaler Gesinnung überhaupt nicht in Betracht kommen. Also sei bleiben in der Verweigerung der freiwilligen Unterwerfung unter Belastungen, die über unsere Kraft gehen; das ist nach wie vor das oberste Gebot der Stunde. Daneben aber hat die neue Reichsregierung die Pflicht, nichts zu verabsäumen, was unter voller Aufrechterhaltung dieser Grundgedanken die Abwendung eines Ausgleiches in die Wege leiten kann oder was im Interesse der Geltendmachung unseres Rechtes getan werden muß. Gerade in letzter Hinsicht wäre es grandios, die Hände in den Schoß zu legen und zu denken, daß Proteste ja doch die Sache nicht ändern können. Das Beispiel der Kriegsschuldfrage zeigt uns, wieviel darauf ankommt, daß wir von vornherein mit allem Nachdruck gegen feindliche Unwahrheiten, Entstellungen und Rechtsbrüche vorgehen und uns keine Mühe bei ihrer Zurückweisung und Widerlegung verdrücken lassen. Nachdem wir uns endlich zu einer entschlossenen Bekämpfung der Kriegsschuldfrage aufgerafft hatten, änderte sich bald die allgemeine Auffassung so sehr zu unseren Gunsten, daß heute nicht bloß bei den Neutralen, sondern selbst im feindlichen Auslande die Stimmung in weiten Kreisen einen sehr beachtlichen Umschwung erfahren hat. Die Wirkung davon tritt in der französischen Forderung zutage, daß Deutschland ein erneutes Schuldbekenntnis im Zusammenhang mit der Erledigung der Reparationsfrage ablegen soll. Ein solches Verlangen zu stellen hätten die Franzosen nicht nötig, wenn sie glaubten, daß das in Versailles überreichte deutsche Schuldbekenntnis noch moralische Qualität genug besäße, um damit vor der gesamten Kulturwelt das fortschrittliche Erpressungssystem gegenüber Deutschland mit einem Schein des Rechtes umgeben zu können.

Dies gibt es für uns selbstverständlich nur ein fotografisches Nein. Dasselbe Festhalten aber muß von unserer Seite auch sonst überall betätigt werden, wo falsche Auffassungen der Rechtslage sich infolge des Vorgehens der Entente einzunisten drohen. Es handelt sich vor allem darum, daß die Alliierten jede Nichterfüllung der Versailles Bestimmungen unbedenken auf das deutsche Schuldbekenntnis legen und daraus die Berechtigung zur Anwendung des § 18 Anlage II zu Abschnitt I des VIII. Teils über die Wiedergutmachungen herleiten. Der § 18 ermächtigt die alliierten Regierungen zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperren und Vergeltungsmaßnahmen, falls Deutschland „vorläufig“ seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Einschränkung durch den Zusatz „vorläufig“ drückt den ganzen Paragraphen einen besonders beachtlichen Stempel auf. Danach kann Deutschland für die Nichterfüllung von Leistungen aus dem Vertrage nur verantwortlich gemacht werden, wenn es böswillig, mit bewusster Absicht nicht leistet, obwohl es dazu imstande wäre. Dagegen ist es nicht haftbar, wenn es die Leistung bloß aus Unfähigkeit verweigert oder wenn es durch unverschuldete Umstände, wie Transportbeschwerden, oder weil die Leistung seine wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte übersteigt, zu verzögert.